

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-49 pbbn d



Inhalt

Egon Bahr MdB, SPD-Bundesgeschäftsführer, zum 13. August 1979: Nicht aufgeben.

Seite 1/2

Bruno Friedrich MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zum neunten Jahrestag des Moskauer Vertrages: Die Lebensinteressen des deutschen Volkes sichern.

Seite 3/4

Jürgen Böddrich MdL, stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion und SPD Bayern, zur Finanzpolitik der CSU: Wetteifern um die populärsten Steuerparolen.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 153

13. August 1979

Nicht aufgeben

Sozialdemokraten werden nicht in den Kalten Krieg zurückfallen

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Die Erinnerung an den 13. August 1961 führt zu dem Ergebnis:
Nicht aufgeben!

Gewiß war an diesem Tage das Scheitern der Adenauerschen Deutschlandpolitik brutal offenbart worden; weder die Berufung auf die Verantwortung der Vier Mächte, die Wiederholung bekannter Ansprüche oder der Ausdruck berechtigter Empörung aller hatten den Bau der Mauer verhindern, noch sie danach beseitigen können. Im Zeichen des Kalten Krieges war die Teilung immer tiefer geworden.

Dennoch haben Sozialdemokraten nach Möglichkeiten gesucht, die Mauer durchlässig zu machen, den Menschen auf beiden Seiten das Leben etwas zu erleichtern und die Verbindungen nicht abreißen zu lassen. Es war nach der Mauer schwerer als vorher, nicht nur zu sagen, sondern zu verwirklichen:
Nicht aufgeben.

Die Politik der kleinen Schritte war der Anfang dessen, was später Ostpolitik genannt wurde. Von dorthin entwickelte

sich das, was im Moskauer-Vertrag, im Vier-Mächte-Abkommen und im Grundlagenvertrag gipfelte. Es war die Konsequenz, die im Interesse unseres Landes unter sozialdemokratischer Verantwortung aus einer Lage gezogen wurde, die andere geschaffen hatten. Abermals unter der Devise: Nicht aufgeben.

Die Regierung der DDR hat 1961 der Abstimmung mit den Füßen durch ein Bauwerk eine Grenze gesetzt, dessen Absurdität bis zum heutigen Tage einzigartig auf der Welt geblieben ist. Ihre Angst vor der Begegnung der Menschen und dem durch all die Jahre ungebrochenen Gefühl der Zusammengehörigkeit ist geblieben. Bis zum heutigen Tage: Das jüngste Strafrechtsordnungsgesetz der DDR wirkt wie ein juristischer Mauerbau gegen Entspannung und Helsinki in der Anwendung auf die beiden deutschen Staaten.

Auch hier gibt es berechtigte Empörung, Beharren auf Positionen und Berufungen auf andere; auch hier wird sich zeigen, daß, wer sich darin erschöpft, im Grunde resigniert.

Sozialdemokraten werden nicht in Kalten Krieg und seine Erstarrung zurückfallen, sondern den Weg trotz allem fortsetzen gegen die Scharfmacher Drüben wie Hüben, weil es im Interesse der Menschen unseres Landes keine Alternative gibt: Nicht aufgeben.

(-/13.8.1979/ks/ca)

+ + +



Die Lebensinteressen des deutschen Volkes sichern

Zum neunten Jahrestag des Moskauer Vertrages

Von Bruno Friedrich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Ziel der Ostverträge und der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition war es, den Frieden sicherer zu machen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa zu entwickeln. Verglichen mit der übrigen Welt ist Europa heute dank der Ostverträge und der KSZE-Schlußakte eine stabile Zone des Friedens. Die internationale Situation ist jedoch seit Abschluß der Ostverträge komplizierter geworden. Wir leben heute unter sehr viel schwierigeren ökonomischen Entwicklungsbedingungen. Die Energiekrise trifft sowohl östliche als auch westliche Staaten. In dieser Situation bietet gerade die KSZE-Schlußakte Möglichkeiten an, die zur Lösung der neuen Probleme beitragen können. Deshalb verbietet es sich, heute die Ostverträge und die KSZE-Schlußakte zum Zankapfel zu machen und sie rückwärts gerichteten Interpretationen zu unterwerfen. Man kann nicht gleichzeitig sagen, daß man die Ostverträge und die KSZE-Schlußakte respektiert, dieselben Vereinbarungen aber weiterhin mit den gleichen Argumenten bekämpfen, die vor ihrer Verabschiedung von der CDU/CSU vorgebracht worden sind.

Die Verträge und die KSZE-Schlußakte haben zur Stabilisierung Europas beigetragen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, sie mit Leben zu erfüllen und keinen neuen Streit um ihre Interpretation zu beginnen. Die Verträge sind mit unseren westlichen Verbündeten gemeinsam ausgehandelt worden. Ost- und Westpolitik ergänzen einander. Sie stehen nicht im Gegensatz. Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland kann sich nicht selbst, ohne Schaden zu nehmen, auf Dauer von unseren östlichen Nachbarn abkapseln und die Augen vor dem verschließen, was sich seit Ende des Krieges im östlichen Teil Deutschlands und Europas vollzogen hat.

Es ging und geht nach wie vor darum, im Interesse des Friedens in Europa soviel Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn wie möglich in Gang zu setzen und



zu halten, um zu verhindern, daß sich Gräben vertiefen. Die Ostverträge haben uns den Weg dazu geebnet. Ihre Wirksamkeit durch Interpretationen inhaltlich einzuschränken hieße, die deutsche Außenpolitik in ihrem Bewegungsspielraum einzuengen und auf menschliche Erleichterungen zu verzichten. Der französische Außenminister, Francois Poncet, hat erst kürzlich in Berlin gezeigt, wie man Vertragsinstrumente fortentwickelt, ohne Grundpositionen der Bundesrepublik Deutschland und der Verbündeten in Frage zu stellen.

Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wird es darum gehen, auch die KSZE-Schlußakte fortzuentwickeln und in stärkerem Maße die Möglichkeiten zu nutzen, die sie zur Lösung gemeinsamer Probleme in Ost und West enthält.

Fünf Jahre nach Abschluß der Adenauerschen Westverträge hat Herbert Wehner im Deutschen Bundestag erklärt:

"Das deutsche Volk und die Bundesrepublik haben sich gegen jede Diktatur und für die westliche Gemeinschaft entschieden, das heißt für eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn und der freien Welt ... Die Sozialdemokratische Partei geht davon aus, daß das europäische und atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist."

Es wäre zu wünschen, daß die Unionsparteien neun Jahre nach Abschluß des Moskauer Vertrages den Verträgen und der KSZE-Schlußakte endlich das Maß an Anerkennung geben, das notwendig ist, um die Lebensinteressen des deutschen Volkes und die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu sichern.

In dem bevorstehenden Gespräch des Bundeskanzlers mit Edward Gierek sehen wir den entschlossenen Willen der Bundesregierung, die von Willy Brandt begonnene Politik fortzusetzen.

(-/13.8.1979/ks/ca)

+ + +



Wetteifern um die populärsten Steuerparolen

Die hektische und widersprüchliche Finanzpolitik der CSU

Von Dr. Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion und SPD Bayern

Die Aussagen führender CSU-Politiker zur Steuer- und Finanzpolitik ändern sich wie Wetter. Ausschlaggebend für Form und Inhalt ist die jeweilige Situation. Das Rezept der CSU-Führer lautet: Hauptsache populär, Hauptsache gegen die Bundesregierung. Für penible Chronisten sind die Steuervorschläge der CSU eine Fundgrube von Widersprüchen, von Grundsätzen ist jedenfalls nichts zu bemerken. Mit ihren Pirouetten in der Finanzpolitik trägt die CSU hilfreich zum finanzpolitischen Chaos in der CDU/CSU bei.

Strauß verspricht eine Verminderung der staatlichen Kreditaufnahme und ein insgesamt geringeres staatliches Finanzengagement. Er verschweigt allerdings, wo eingespart werden soll. Seine wiederholte Äußerung, die Grenzen des Sozialstaates seien erreicht, erhärten die Befürchtung, daß er vor allem die Hebel der sozialen Sicherung auf "halbe Kraft" stellen will.

Obwohl der geringere finanzwirtschaftliche Spielraum des Staates offenkundig ist, fordert Strauß schon für 1980 eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, nachdem er - siehe oben - die Kürzung der Staatsverschuldung lange Zeit zum Leitsatz erhoben hatte. Die CSU will damit auf neun bis zehn Milliarden Mark an Steuereinnahmen verzichten. Vorschläge, wie dieser Einnahmeausfall ausgeglichen werden soll, bleibt Strauß nach dem Sonthofener Motto "Anklagen und warnen, aber keine Rezepte nennen", schuldig.

Strauß verlangt außerdem die Senkung der ertragsunabhängigen Steuern der Unternehmen. Auch dies würde erhebliche Steuerausfälle verursachen. Wo eingespart werden soll, ist vom CSU-Vorsitzenden nicht zu erfahren.

Wie abrupt und selbst für die Stabstellen der bayerischen Staatsregierung überraschend die Kehrtwendung von der Haushaltskonsolidierung zur gefälligen Steuer-



schenkungs politik kam, zeigt die August-Ausgabe des "Finanz-Reports" aus dem Hause Streibl. Noch auf alter Strauß-Linie wird dort gefordert, der Staat (auch Bayern?) solle seine "Schuldenaufnahme massiv zurückschrauben". Damit kann ja wohl nur gemeint sein, daß Steuereinnahmen für diesen Zweck verwendet werden sollen. Von Steuer-senkungen ist mit keinem Wort die Rede.

In einer Pressemitteilung des Finanzministeriums über diese Ausgabe des Finanz-Reports, datiert vom 1. August, heißt es, um einer neuen Preis-Kosten-Spirale entgegenzuwirken, seien eine streng restriktive Geldpolitik und "steuerliche Entlastungsmaßnahmen" notwendig. Im besagten Finanz-Report, der das Datum vom 2. August trägt, ist von steuerlichen Entlastungsmaßnahmen, wie gesagt, nicht die Rede. Der Verdacht drängt sich auf, daß die Pressemitteilung nachgeschoben, aber vordatiert wurde, um den im Finanz-Report fehlenden Aspekt der Steuer-senkungen aktualisierend hinzuschwindeln. Auf jeden Fall zitiert die Pressemitteilung des Finanzministeriums den eigenen Konjunkturbericht nachweisbar falsch - um mit der neuesten Linie des Ministers up to date zu sein.

Beide, Strauß und Streibl, befinden sich, ganz nebenbei, mit ihrer neuen Politik im Gegensatz zum Finanzplanungsrat, dem auch Unionsmitglieder angehören, und der bereits bei ihrer Sitzung im Mai empfahl, Steuer-mehreinnahmen gegenüber den Ansätzen in erster Linie zur Verminderung der Kreditaufnahme zu verwenden. Dies gelte nicht nur für das kommende Jahr, sondern sogar auch für die mittelfristige Finanzplanung!

Auch die Bundesbank empfiehlt in ihrem letzten Bericht (Juli), bei günstiger Konjunktur-entwicklung, wie sie aus heutiger Sicht durchaus unterstellt werden könne, erscheine 1980 ein stärkerer Abbau des Defizits der Gebietskörperschaften erstrebenswert, als es den derzeitigen Planungen entspreche. Genau das will die Bundesregierung.

Strauß' wirtschaftspolitisches Innsbrucker Studium war umsonst. Selbst die realistische Erkenntnis hält ihn - ebenfalls frei nach Sonthofen - nicht davon ab, das Gegenteil zu behaupten. Wie sagte er auf dem "Schweineberg": "Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten..."

1969 schrieb Strauß als Bundesfinanzminister in seinem Buch "Finanzpolitik - Theorie und Wirklichkeit" diese beherzenswerten Sätze: "Man kann einem Volke, auch wenn es ihm gut geht, die Gegenwart als schwer erträglich und durch düstere Prophezeihungen die Zukunft als gefährdet und katastrophenbeladen vorgaukeln, bis sogar Anwandlungen von Hysterie auftreten und durch Angstreaktionen erst die Gefahren heraufbeschworen werden, vor denen angeblich gewarnt werden soll. Dazu gehört auch der leichtfertige, das Gesetz der Dimension verletzende Gebrauch der Begriffe 'Krise', 'Depression', 'Inflation' und ähnliches."

Strauß - ein Opfer seiner eigenen Warnungen?

(-/13.8.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

